

Schlesische

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzelnummer 25 Pfg. Durch Ausdräger 1,50 Mk. für die Woche, 6,10 Mk. für den Monat, Durch die Post 6,10 Mk. für den Monat.

Sonnabend, 22. Oktober 1921

Anzeigenpreise: Die gewöhnliche Anzeigenzeile ober deren Raum 0,80 Mk., auswärts 0,90 Mk. Stellen- und Wohnungsangebote, Familienanzeigen, Verleumdungen und Verleumdungsanklagen 0,40 Mk. etc. etc. Die Anzeigenzeile, gewöhnlich ober deren Raum im Text 3.- Mk.

Der neue Regierungsfurs. Attaden auf den Achtfundentag.

Das System Wiesbaden wirft seine Schatten voraus. Ein goldenes Zeitalter, sagt ein italienisches Blatt, wäre für die deutsche Industrie angebrochen und die Unternehmer bereiten sich vor, es zu genießen. Auf der ganzen Linie wird mit einer Offensive eingesezt.

Dem gilt es sich entgegenzustellen. Das Kapital, das vor dem Bankrott steht, sucht nach jedem Mittel, um seine Herrschaft, seinen Gewinn zu festigen. Die deutsche Bourgeoisie kann nicht anders, als die schwersten Fesseln den Arbeitern aufzuerlegen.

Das „System Wiesbaden“, das System des Weisheitsmenschen der deutschen Wirtschaft, das System der Erdrückung jeder Existenzmöglichkeit, diese Systeme müssen gebrochen werden.

Die Unternehmer sagen den Kampf an. Der Achtfundentag, die letzte Errungenschaft der Revolution soll aufgehoben werden. Und will die Arbeiterschaft sich verteidigen, wollen sich die Arbeiter wehren, sie können es nicht anders als im Zusammenhang mit der ganzen politischen Lage.

Stinnes verkündet sein Programm.

(E.C.) Paris, 19. Oktober.

Der Berliner „Temps“-Korrespondent schreibt: Stinnes und seine politischen Freunde benehmen sich heute als Herren der Stunde. Stinnes lächelte, als ihm andere Abgeordnete erklärten, daß es nach dem Genfer Schiedsspruch kein Mittel gebe, Deutschland seine Verpflichtungen erfüllen zu lassen.

Stinnes erwiderte nur, daß man jetzt gut arbeiten müsse. Stinnes Ansicht zufolge sei der deutsche Staat innen wie außen eine Persönlichkeit, der niemand mehr Kredit gewähre. Nur den Industriellen, dem Handel und den Banken könnte noch Kredit gewährt werden.

Stinnes erwiderte nur, daß man jetzt gut arbeiten müsse. Stinnes Ansicht zufolge sei der deutsche Staat innen wie außen eine Persönlichkeit, der niemand mehr Kredit gewähre. Nur den Industriellen, dem Handel und den Banken könnte noch Kredit gewährt werden.

Dieses Programm stammt offenbar aus der nächsten Annäherung des ungekrönten Königs der deutschen Republik. Es ist klar und bestimmter als alle bisherigen Ankündigungen. Es zeigt mit ganzer Deutlichkeit, wie das Loz aussieht, dem der deutsche Arbeiter unter der neuen, durch den Görlicher Beschluß der sozialdemokratischen Führerschaft geschaffenen Regierungskoalition entgegengeht.

„Eine starke Hand“, d. h. ungeheuerste Verschärfung des weißen Terrors der Klassenjustiz, Unterdrückung jeder revolutionären Bewegung in den Massen.

Dies ist das Programm desselben Stinnes, den die Sowjet-

aus dem sozialdemokratischen Parteivorstand einen Mononanten, „mit dem sich über Arbeiterfragen reden läßt“.

Das Unternehmertum diktiert den Zehnfundentag.

Thüssens Feldzug gegen den Achtfundentag. Im Thomawerk der August-Thüssens-Werke in Hamborn erließ der Betriebsrat folgenden Anschlag: „Um der Arbeiterschaft des Thomawerkes bessere Verdienstmöglichkeiten zu schaffen und im Interesse des Betriebes selbst, fängt die Belegschaft Montags um 4 Uhr morgens an zu arbeiten.“

Das würde für dieses Werk die Einführung des Zehnfundentages, also der 60 stündigen Arbeitswoche, bedeuten. Umherhalten schreiten die Unternehmer dazu, entweder ganz offen und brutal den Arbeitern eine längere Arbeitszeit aufzuzwingen, oder sie nutzen die Kollage aus, in der sich durch die anhaltende Teuerung die Arbeiterschaft befindet, um die Arbeiter selber „durch Schaffung besserer Verdienstmöglichkeiten“ zur Durchbrechung und Umgehung des Achtfundentages zu verleiten.

Nach dem Leunawerk und der „Gute Hoffnungshütte“ in Oberhausen versucht nun auch die „Niederheinische Hütte“ in Duisburg-Hochfeld den achtfundigen Arbeitstag zu durchbrechen.

Die Arbeiterschaft muß sofort zum Abwehrkampf übergehen, vor allem die gewerkschaftlichen Massen ins Treffen führen, wenn sie nicht will, daß das Unternehmertum die Proletarier unter noch härtere Ausbeutung zwingt.

Die Offensive der Eisenbahnbürokratie.

In letzter Zeit häufen sich immer bedrohlicher die Vorstöße der Eisenbahndirektionen gegen die Rechte der Eisenbahner. Der ganze Feldzug wird scheinbar nach einheitlichem Plane des Reichsverkehrsministeriums geführt.

Nach einer Mitteilung der Bezirksleitung des Deutschen Eisenbahnerverbandes wurde von der Belegschaft der Güterabfertigung Cottbus die Ableistung von Sonntagsdiensten verlangt. Da der Betriebsrat der Ansicht war, daß eine Mehrleistung nicht durch Ueberführungen, sondern durch Mehrinstellung von Arbeitslosen erzielt werden müsse, und eine Einigung nicht erreicht wurde, so ließ der Betriebsrat eine Abstimmung vornehmen.

Schlichtungsausschuss und Eisenbahndirektion haben sich verbündet und bilden ein reaktionäres Machtinstrument gegen die Arbeiter. Der Ansturm der verbündeten Unternehmer und Staatsbetriebe gegen das Proletariat kann nur abgewehrt werden, wenn die Arbeiterklasse den Ausbeutern endlich die gebaltene Faust unter die Nase hält.

14tägiger Arbeitstag für die Eisenbahner.

Der Betriebsrat der schlesischen Eisenbahndirektion versendet ein Schreiben, in dem er darauf aufmerksam macht, daß durch eine neue Ministerialverordnung von den Eisenbahner ein Dienst bis zu 14 tägiger Dauer verlangt wird.

Der stinkende Reichnam.

Von Karl Radek.

Schon seit einigen Tagen melden die Radiotelegramme, daß der Völkerbund die Frage der Hilfe für das hungernde Rußland nicht in seine Hände nehmen soll, daß er im Gegenteil den Vorschlag Kantsch, die Mittel zur Organisation dieser Hilfe vorzustrecken, abgelehnt hat.

Der Völkerbund ist schon längst eines schändlichen Todes zugrunde gegangen. Aber jetzt nach seiner Lösung

Stad 1021 120

der Hungerfrage erfüllt der Geruch seines sich zerkleinernden Reichthums die ganze Welt. Es genügt nicht, diese Tatsache vor den Augen der Welt festzustellen. Man muß im Bewußtsein der internationalen Massen ein klares Verständnis für die Gründe dieser unerhörten Schande bringen. Jeder Arbeiter und Bauer der Welt muß verstehen, warum dies geschehen konnte. Die Motive der Haltung des Völkerbundes sind schrecklicher als die Lösung selbst. Der Völkerbund, der zur Vermeidung von Kriegen geschlossen ist, hat einen neuen, noch größeren, schrecklicheren Krieg erklärt als der, der im Jahre 1914 über die Menschheit gekommen war.

Warum haben die kapitalistischen Mächte, die sich im Völkerbund vereinigt haben, den hungernden Massen an der Wolga die Hilfe verweigert? Sie ziehen diese Hilfe darum in die Länge, um, wenn der Hunger Sowjetrußland mehr quält als jetzt, von ihm das Einverständnis mit der Abzahlung aller Schulden und das Einverständnis mit einer ganzen Reihe ökonomischer Zugeständnisse abzurufen, die den Kapitalisten Milliarden einbringen sollten. In dieser Zeit halten die Kapitalisten untereinander Besprechungen ab, wie sie gemeinsam auf Sowjetrußland brüden könnten, wie sie von ihm die Profite aussprengen könnten, die für die kapitalistische Welt notwendig sind. Im Jahre 1914 warfen die kapitalistischen Regierungen Millionen Arbeiter und Bauern gegeneinander in den Kampf für den Profit der Bankiers und Fabrikanten. Jenes Land — oder jene Koalition der Länder — welchem es gelungen ist, eine größere Anzahl von Menschen zu erschlagen, soll den größten Teil der Beute bekommen. Das war der Gedanke des „großen“ imperialistischen Krieges. Die Vereindung der Kapitalisten, welche sich Völkerbund nennt, hat jetzt eine leichtere Arbeit. In Rußland herrscht Hunger, jetzt eine leichtere Arbeit. In Rußland herrscht Hunger, jetzt eine leichtere Arbeit.

Die Arbeiter und Bauern müssen wir überall hinausposaunen. Sie muß ein Todesurteil für die kapitalistische Gesellschaft werden, das an ihr nicht nur die Proletarier-Kommunisten, sondern alle Menschen, in deren Brust noch ein menschliches Herz schlägt, ausführen werden. Moskau, 9. Oktober.

Politische Uebersicht.

Der Kampf gegen den Achtstundentag.

In der Schweiz.

Bern, 20. Oktober.

Im Nationalrat brachte ein Abgeordneter der Bauernpartei einen Antrag ein, in dem der Bundesrat ersucht wird, die Bundesgesetze, in denen die Arbeitszeit in den Betrieben, der Eisenbahn und anderer Verkehrsanstalten festgesetzt ist, in dem Sinne abzuändern, daß, so lange eine Unterdrückung der Arbeitslosen in der Schweiz aus öffentlichen Gründen erfolgt, die allgemeine Arbeitszeit auf neun Stunden, bei Saisonarbeiten und in besonderen vom Bundesrat bewilligten Fällen auf zehn Stunden erhöht wird.

In England.

London, 20. Oktober.

Die Textilfabrikanten Englands haben eine Kampagne begonnen, deren Zweck die Durchbrechung des Prinzips der 48-stündigen Arbeitswoche in der Textilindustrie ist. Viele 48stündige Arbeitswochen wurde von zwei Jahren eingeführt. In der Branche selbst herrscht noch immer große Arbeitslosigkeit und in einer ganzen Reihe von Unternehmen wird nur Kurzarbeit geleistet. Einige Fabrikanten hingegen haben — wie sie behaupten — größere und dringende Aufträge besonders für Weihnachten erhalten, die angeblich nur mit Überstundenarbeit erledigt werden können. Dieser Umstand dient als Vorwand, den Angriff auf das Prinzip des Achtstundentages einzuleiten.

In Ungarn.

Budapest, 20. Oktober.

Aus Miskolcz wird gemeldet, daß in dem staatlichen Eisenwerk von Djb die Betriebsleitung die zwölfstündige Arbeitszeit eingeführt hat. Die Arbeiterchaft will dies als Entzweiung nicht abgeben; sie betrachtet die vierstündige Verlängerung als Überstundenarbeit und nimmt ihn nur für eine kurze Uebergangszeit auf sich. In den Hochöfenbetrieben kann man mehr als acht Stunden nicht arbeiten. Die Arbeiterchaft von Djb und Diszidenten protestierte in mächtigen Versammlungen gegen den treiben Vorschlag und erklärte, daß sie den Achtstundentag unter keinen Umständen abschaffen lassen wird.

In Polen.

Warschau, 20. Oktober.

Der Finanzminister Dr. Michałski hatte eine Unterredung mit den Führern der PPS. Dr. Michałski wies darauf hin, daß die Durchbrechung des Achtstundentages in einer Zeit, wo in ganz Polen nur ein Hochöfen in Tätigkeit ist, wo in Lohz die Arbeiter nur drei Tage in der Woche arbeiten, wo auf den Eisenbahnen 20 Prozent des Personals überflüssig sind, nicht nur blöde ist. Dieser Sozialist erklärte, daß die Durchbrechung des Achtstundentages erst dann sinnvoll sein kann, bis die gesamte Industrie in voller Tätigkeit sein wird. Michałski entgegnete darauf, daß er nicht kompetent war und von seiner Fortsetzung nicht nachlassen werde. Die PPS richtet nun an die gesamten Gewerkschaften einen Aufruf. Proletarierkämpfer gegen die Pläne des Finanzministers in ganz Polen zu veranlassen. In Warschau haben auch bereits die Reichsarbeiter und die örtliche Arbeiterkammer Besprechungen veranstaltet. Auch in Krakau fand eine Versammlung der Arbeiter statt, die von Zankowicz geleitet war und bei der die Beschlüsse mit allen Mitteln den Achtstundentag zu verteidigen.

Ein französisches bürgerliches Urteil über die Stinnes-Koalition.

Der Berliner Korrespondent des „Lamp“ übermittelt seinen Lesern eine bemerkenswerte Schilderung der gegenwärtigen politischen Lage in Deutschland. Er sagt aus: „Die

Betriebsräte.

Seid Ihr schon an Eure Betriebsleitung herangetreten, daß sie für Eure, von der Belegschaft gesammelten Gelder für Rußland unentbehrliche Waren, Werkzeuge und dergl. zu verbilligtem Preise dem Reichskomitee Arbeiterhilfe für Sowjetrußland überläßt?

Folgt den gegebenen Beispielen zahlreicher Betriebsräte!

Werdet auch Ihr als Repräsentanten der Arbeiter und Angestellten eine lebendige Kraft in der proletarischen, internationalen Hilfsaktion!

Entscheidung in dem Kampf, den die Reaktion gegen Wirth eingeleitet hat, liegt nicht in den Händen der bürgerlichen Parteien, sondern sie hängt von der Haltung der sozialistischen Gruppen und der Sozialisten ab. Wenn die Sozialisten die Mitarbeit und des Reichskomitee annehmen, so arbeiten sie damit für die Reaktion. Sie können die sozialistische Bewegung und demoralisieren ihre eigenen Anhänger. Tatsächlich denken die bürgerlichen Parteien Deutschlands heute nur daran, ihre Privatinteressen gegen die Versuche einer Sozialisierung und Enteignung zu schützen. Wenn die Sozialisten in die Reaktion hineingehen, um die Republik zu schützen, dann werden sie bald merken, daß diese reaktionäre und plutokratische Republik von ihnen fordert, daß sie alle ihre Grundzüge opfern und dazu noch die bisherigen Errungenschaften. Gegenwärtig will die öffentliche Meinung Deutschlands die Abschaffung des Achtstundentages, ein Gesetz gegen unehrliche Streiks und einen fortschreitenden Abbau der Löhne. Da sind wir von den sozialistischen Grundrissen einigermaßen weit entfernt!

Selbstverständlich ist der Mitarbeiter des „Lamp“ ein reaktionärer Herr, dem an der deutschen Arbeiterklasse gar nichts liegt, aber der Haß des Franzosen gegen die deutsche Bourgeoisie und ihren Militarismus öffnet ihm soweit die Augen, daß er die wirklichen Zusammenhänge der deutschen Politik durchschaut.

Die SPD. in der Klemme.

Die SPD. ist in der Klemme. Die bürgerlichen Parteien verlangen von ihr, daß sie vollkommen vor Stinnes' Kreuz kriecht und selbst Wirth fallen läßt. Zentrum und Demokraten sind in ihrem überwiegenden Teil dafür, daß Wirth geht. Als neuer Kanzlerkandidat wird der Pariser Volkshaus-Meyer, ein Zentrumsmann, genannt.

Die SPD. hat vor einigen Tagen erklärt, daß sie mit Wirth flücht und jalle. Jetzt melden die P. P. A., daß die SPD. zwar an Wirth festhalte, aber nicht in dem Sinne, daß sie mit ihm flücht und jalle, sondern so, daß sie seinen Rücktritt innen- und außenpolitisch für einen schweren Schaden ansehe. Also nur noch ein Schaden. Vor einigen Tagen war Wirth der „Brüßlein“. Der „Vorwärts“ drohte mit Opposition. Und jetzt nur noch ein Schaden.

Auch richtig! Auch die Koalitionspolitik hat ihre Konsequenz. Wenn man mit dem Zentrumsmann Wirth zusammengeht, warum nicht mit Mayer? Auf ein paar radikale Phrasen mehr oder weniger kommt es ja nicht an. Und wenn man mit Mayer nicht zusammengeht, warum nicht auch mit Strefemann?

Die P. P. A. melden schon, daß die SPD. die Hinzuziehung der Deutschen Volkspartei nicht prinzipiell ablehne, vorher müsse man sich jedoch über die Steuerfrage geeinigt haben. Wie diese Einigung ausfallen wird, darüber gibt ein Artikel des „Vorwärts“, der sich für die famose Goldanleihe einsetzt, Aufschluß.

Die Stinnesregierung kommt, und die SPD. ist auf dem besten Wege, in allen Punkten zu kapitulieren.

Die Arbeiter können aus dem Ganzen nur eine Lehre ziehen: Nur der rücksichtslose Kampf gegen jede Koalitionspolitik, der Zusammenschluß der Arbeiterklasse zeigt einen Ausweg.

Die USPD. und Strefemann.

Die „Freiheit“ schreibt zu den Nachrichten über eine Unterredung der Stinnesregierung durch England:

„Ein Kabinett mit Strefemann als Außenminister, das zugleich der Stinnespartei die wichtigsten wirtschaftlichen Positionen anvertrauen würde, muß das Signal zu den heftigsten internationalen Kämpfen geben. Wir sind gewiß, daß die Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit sich dieses Spiel nicht gefallen lassen wird.“

Sehr richtig! Aber der Kampf gegen eine Stinnesregierung bedingt den Bruch mit der Koalitionspolitik. Hier aber hat die USPD. eine mehr als zweideutige Stellung eingenommen. Ihre Führer sind in eine Koalition mit bürgerlichen Parteien eingetreten. Sie haben das Kabinett Wirth unterstützt. Alle bürgerlichen Parteien treten jetzt aber für eine Stinnesregierung ein. Koalitionspolitik bedeutet jetzt Stinnespolitik!

Die Worte der „Freiheit“ bleiben Phrasen, wenn diese Konsequenzen nicht gezogen werden. Das müssen die unabhängigen Arbeiter tun.

Niedrige Munitionsendungen für die rumänische Konterrevolution.

Von Dresden Eisenbahnenwerk wird uns gemeldet, daß der letzten niedrige Munitionsendungen für die rumänische Konterrevolution Dresden passiert haben. Es handelt sich um 25 000 000 Deutsche Zunder, 30 000 000 Patronenpatronen, Kaliber 6,5, 10 000 000 Patronenpatronen, Kaliber 7,6, 30 000 000 Lebel.

Die Sendung geht aus von der Munitionsfabrik Gustav Genschow & Co., Berlin S.W. 68. Expedient ist die im ganzen Reich in Eisenbahnbetrieben beschäftigte Firma Schenker & Co., die bekanntlich in reichlichem Maßstab für die Konterrevolution Waffen verfertigt. Die Sendung geht an D. Bagazzi, Bukarest, Rumänien.

Diese Sendung, und die Sendung von Patronepatronen aus Paris, wo ebenfalls 1500—1800 Patronen für die rumänische Konterrevolution in „Kombi“ sind. Aber nicht nur für sich selbst hat sie Übergang Waffen und Munition, sie kann den ihren Lieferanten auch noch an ihre konterrevolutionären Freunde im Ausland abgeben. Die deutsche Regierung stellt offenbar im Hinblick auf den Feind des Sowjetrußlands, denn für die Munitionsendung über Dresden nach Rumänien hat der amtliche Vertreter Reichskomitee der Arbeiterkammer für Eisen- und Kupfer, Herr Dr. Reichardt, die Aufsicht be-

Arbeiter! Ihr sammelt für Sowjetrußland, gebt Geld, gebt Kleider, sammelt Getreide. Und die deutsche Regierung schick blaue Bohnen, um den Hunger der russischen Arbeiter und Bauern zu stillen.

Haltet die Mächt. Laßt Waffen- und Munitionstransporte nicht passieren. Achtet auf die Frachtpunkte der Spektationsfirmen: Manli & Co., Schenker & Co., Otto Ruhn, Halle, Merseburgerstraße, Kammer, Memel, Lillie, Erdhühnen, Reinhold, Danzig, Worms & Co., Danzig.

Teilt Euren Organisationen mit, welche Firmen außerdem noch Waffen für die Orgech transportieren. Haltet die Augen auf!

Helft Euren russischen Brüdern!

England gibt keinen Heller für Sowjetrußland.

London, 20. Oktober.

Nach der Ferienpause trat heute nachmittag das Parlament wieder zusammen, um sich in der Hauptsache mit der industriellen Krise zu befassen.

Die Gesamtzahl der Arbeitslosen wurde von der Regierung auf 1 1/2 Millionen angegeben. Chamberlain stellte mit, daß die Regierung im Zusammenhang mit der Arbeitslosenfrage vier Gesetzentwürfe einbringen werde. Lloyd-George wird morgen bei ihrer Einbringung eine allgemeine Erklärung über die Politik der Regierung abgeben.

Im weiteren Verlauf der Sitzung fragte C. L. Jones (Arbeiterpartei) an, ob es richtig sei, daß England auf der Brüsseler Hungerkonferenz erklärt habe, man müsse Rußland so lange Unterstützung versagen, als es seine Kriegsschulden noch nicht bezahlt habe. Der Direktor des Büros für Auswärtiges erklärte, die englische Regierung werde immer auf dem Standpunkt, daß Rußland nur dann Kredite gewährt werden, wenn es seine Kriegsschulden anerkenne.

Die Machenschaften Petljuras.

Bemberg, 20. Oktober.

Die offizielle Agentur der Tarnower (Petljura-) Regierung, „Ukrain-Press“, teilt mit, daß Petljura sich nicht mehr in Tarnow befindet. Demgegenüber behauptet der „Wpered“ entschieden, daß sich Petljura samt seiner Regierung noch in Tarnow befindet und ungehindert seine „Tätigkeit“ entfaltet. Es ist von Interesse zu erfahren, wann die polnische Regierung ihrer Verpflichtung, Petljura und seine Operettenregierung auszuweisen, nachkommen wird.

Ein Konflikt im belgischen Ministerium.

Brüssel, 20. Oktober.

Im belgischen Ministerium scheint ein Konflikt ausgebrochen zu sein. Als Antwort auf die nationalistische Kundgebung in La Louvière, bei der der Kriegsminister den ehemaligen Frontkämpfern eine neue Fahne überreichte, sand gestern eine sozialistische Kundgebung in La Louvière eine Fahne überreichte. Unter einer roten Fahne soll ein Sozialist, als belgischer Soldat vereidigt, eine Platte zerbrochen haben, und diese rote Fahne soll dem Verein sozialistischer Frontkämpfer überreicht worden sein. Der Kriegsminister Debevoise hat deshalb dem Ministerpräsidenten seine Demission überreicht. Da der Ministerpräsident nicht in seine Demission überreicht, konnte über die Demission noch keine Entscheidung getroffen werden. Der König hatte heute eine längere Unterredung mit dem Kriegsminister.

Wenn diese Nachricht sich bestätigen sollte, dann wäre sie ein Beweis dafür, daß unter dem Druck des wachsenden Klassenbewußtseins des belgischen Proletariats die belgischen Sozialdemokraten nicht mehr gewillt sind, den extremen Nationalismus ihrer Bourgeoisie mitzumachen. Die zunehmende Opposition in den belgischen Gewerkschaften, von der wir kürzlich berichtet konnten, zeigt, daß das belgische Proletariat den Weg zu seiner revolutionären Vergangenheit zurückgefunden hat.

Frankreichs Quittung für Görlich.

Briands Kammerrede.

Bereits in der Dienstagssitzung der französischen Kammer kam es zu einer heftigen Auseinandersetzung zwischen Briand und Lardieu. Briand, der Vertreter der „friedlichen, maßvollen Verständigung“ mit den deutschen Kapitalisten erwiderte dem nationalistischen Clemenceaufreund Lardieu so scharf, wie er es bisher noch niemals zu tun wagte. Lardieu verlangte einen stärkeren Druck auf die Stinnesrepublik. Briand wies mit Recht auf die Annahme des Ultimatus hin. Er stellte fest, daß Deutschland bis jetzt bezahlt hat, genau nach dem Zahlungsplan. Die Politik, die Lardieu und seine Freunde befolgen wollten, betrachte er als katastrophal. Wenn sie die Mehrheit der Kammer fände, würde er zurücktreten.

Mit Recht verzichtet Briand und die hinter ihm stehende Mehrheit der französischen Bourgeoisie auf die Bajonette des Marschalls Foch und auf die Ubertreibung neuer Zwangsmaßnahmen — gewahren doch das Wiesbadener Abkommen und die Stinneskoalition auf Grund des Görlicher Beschlusses die Ausfaltung des deutschen Proletariats mit den eigenen Bajonetten und den eigenen Zwangsmaßnahmen der deutschen Konterrevolution.

Auch dem Interpellationsredner Maurice Barrès, der noch um einen Grad rechter steht als die Clemenceaugruppe, antwortete Briand mit der ganzen Energie, die ihm das Werden der Stinneskoalition verleiht. Die Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen hatte nur den Zweck, Deutschland zum Nachgeben zu zwingen. Von einer Aufhebung der militärischen Sanktionen könne keine Rede sein. Die Sicherheit Frankreichs für die Reparationen sei eine wirtschaftliche Kontrolle über die Reichtümer Deutschlands.

Die Aufnahme der Rede des Ministerpräsidenten war eine freundliche — gegnerische Zwischenrufe riefen stürmischen Widerspruch hervor — und freundlich, von unheimlicher Freundlichkeit ist die Aufnahme des Beschlusses der belgischen sozialdemokratischen Führer durch die französischen Sozialdemokraten. Denn die deutschen Arbeiter zählen mit ihrer Existenz diese Freundlichkeit.

Der deutsch-amerikanische Friedensvertrag ratifiziert.

(E.U.) Washington, 19. Oktober 1921.

Der amerikanische Senat hat die Friedensverträge mit Deutschland und mit Österreich mit 66 gegen 20 Stimmen und den Friedensvertrag mit Ungarn mit 66 gegen 17 Stimmen ratifiziert.

Gewerkschaftliches.

„Zugelassene“ Ueberfretung des Achtstundentages.

Im Jahresbericht der Preussischen Regierungs- und Gewerberat- und Bergbaubehörden für 1920 findet man eine interessante Statistik über Ueberstunden. Folgende Zahlen bitten wir zu beachten:

Im Jahre 1920 wurde Ueberarbeit bewilligt 2080 Betrieben. Durch den Demobilisierungskommissar wurden 1393 und durch den Gewerberat 1018 Bewilligungen erteilt. Zurückgewiesen wurden nur 233 Anträge auf Ueberstundenbewilligungen.

In den bewilligten Betrieben waren beschäftigt 130300 Arbeiter über 16 Jahre, 39170 Arbeiterinnen über 16 Jahre und 9527 Jugendliche.

Bis zu 1 Stunde täglich wurden	397 Bewilligungen erteilt.
1 1/2 Stunden	215
2	1529
Über 2	258

Wenn durch das offene Vorgehen der Lenkwerke die Arbeiterschaft plötzlich eine akute Gefahr erkennt, so beweist diese amtl. Statistik, die sicher nicht im Interesse der Wahrheit übertrieben ist, daß die Durchbrechung des Achtstundentages eine chronische Krankheit für das Proletariat bedeutet. Die Organe zur Ueberwachung der sozialen Gesehe haben, wie vorstehende Zahlen beweisen, zugunsten der Unternehmer sabotiert.

Hat der ADGB das nicht früher bemerkt? Was sagt er dazu?

Es erscheint jedenfalls sehr sonderbar, daß erst heute in vielen Gewerkschaftsblättern Artikel erscheinen, „der Achtstundentag ist in Gefahr“.

Pharisäer.

Wir berechneten seinerzeit über ein für die Arbeiterschaft tief trauriges Vorwissen in Bremen, anlässlich des großen Werftarbeiterstreiks auf der Weserwerft. Unter der Ueberschrift: „Werftarbeiter hört!“ erschien während des Streiks ein anonymes Flugblatt, das zu vielen Tausenden unter der Bremer Arbeiterschaft verteilt wurde. Darin wurden der Streikleitung, insbesondere den kommunistischen Führern, Becker und Banasiewicz die schwersten Vorwürfe gemacht, sie hätten die Arbeiterschaft in Hunger und namenloses Elend geführt. Bei näherer Nachforschung stellte sich heraus, daß der Verfasser des Flugblattes der kommunistische Bezirksvorsitzende Banasiewicz selbst war. Er und ungefähr 30 streikende Arbeiter waren von dem Werftdirektor Stappelfeld bestochen worden, das Flugblatt zu schreiben und zu verteilen. Banasiewicz ist nach Bekanntwerden seines Schurkenreiches schamlos aus Bremen geflüchtet. Selbstverständlich sind Banasiewicz, ein gewisser Schuhmacher und die sonst Beteiligten, soweit sie in der SPD organisiert waren, sofort aus der Partei ausgeschlossen worden. Uns als Kommunisten kann dieser Vorfall nur erneut eine Mahnung sein, stets alle Genossen, ganz besonders die an führender Stellung, auf ihre Vertrauenswürdigkeit zu prüfen.

Die Veranlassung, daß wir diesen Fall heute erneut aufrufen, gibt uns ein Artikel unter der Ueberschrift: „Kommunistische Arbeiterführer“ in der letzten Nummer der „Metallarbeiter-Zeitung“. Darin wird der Vorfall zunächst wahrheitsgemäß berichtet, aber nur, um in pharisäischer Ueberhebung die gesamte kommunistische Partei auf das Gemeinste zu verächtlichen, denn heuchlerisch schreibt die „Metallarbeiter-Zeitung“: „Die großen Schreier waren von jeher die großen Lumpen. Wieviel solcher Banasiewicz und Schuhmacher mag es noch in der SPD geben?“

Diese Heuchelei der „Metallarbeiter-Zeitung“ ist um so gemeiner, als sie uns weiß, daß unter den vom Unternehmer gefaßten circa 30 Mann nicht nur Kommunisten, sondern auch Unabhängige und Rechtssozialisten waren.

Die „Metallarbeiter-Zeitung“ hat also in der Breitreue dieses Falles der gesamten Arbeiterschaft einen schlechten Dienst geleistet. Ganz abgesehen davon, sollte man annehmen, daß die „Metallarbeiter-Zeitung“ jenseitig Anstand besitzen hätte, um nicht für die Niedertracht einiger weniger gefaßten Subjekte eine ganze Partei verantwortlich zu machen und in der gemeinsten Weise zu beschimpfen. Dieser Appell an die journalistische Anständigkeit und Ehrlichkeit ist um so berechtigter, als die „Metallarbeiter-Zeitung“ ganz genau weiß, daß in den ihr naheliegenden Kreisen ähnliche Schurkereien ebenfalls schon vor-

gekommen sind. Mit Recht hat sich von jeher die sozialdemokratische Presse gegen die Heuchelei in der bürgerlichen Presse gewandt, wenn von dieser sozialdemokratische Gewerkschafts-, Partei- oder Klassenbeamte, die ihre Kollegen verraten oder Gelder unterschlagen haben, der gesamten Partei an die Hochschäbe gehängt werden.

Oder sollen wir die „Metallarbeiter-Zeitung“ an die vielen Fälle erinnern, wo ehemalige Gewerkschaftsbeamte ihre in der Arbeiterbewegung gewonnenen Kenntnisse heute ausnützen, um in kapitalistischen Instituten oder Zeitungen im Interesse des Kapitals die Arbeiterschaft zu bekämpfen? Es ist leider Tatsache, daß, solange der Kapitalismus die Möglichkeit hat, die korruptierende Wirkung des Geldes spielen zu lassen, solange werden sich in der Arbeiterbewegung auch immer wieder Judassen finden. Für jeden ehrlich denkenden Proletarier ohne Unterschied der Partei, kann dies nur ein erneuter Ansporn sein, mit seiner ganzen Kraft dafür zu wirken, daß dieses verruchte System so schnell wie möglich verschwinde. Eine Artankündigung in dieser Richtung ist bei derartig traurigen Vorwissen der Sache der Arbeiterschaft weit dienlicher, als sich wie die „Metallarbeiter-Zeitung“ heuchlerisch an die Brust schlagen und zu sagen: „Ich danke dir, Gott, daß ich nicht bin wie andere Leute.“ Wir haben, seitdem die neue Redaktion der „Metallarbeiter-Zeitung“ die Geschäfte übernommen hat, geglaubt, die Beobachtung machen zu können, daß sie den Kommunisten gegenüber eine objektivere Stellung als die bisherige Redaktion einnimmt. Wir würden es bebauern, wenn wir durch weitere derartige Artikel unsere Auffassung so schnell wieder korrigieren müßten.

Zum Kampf im Berliner Zeitungsgewerbe.

Die Lage ist unverändert. Gestern und heute haben unter Singushebung des Reichsarbeitsministeriums Verhandlungen stattgefunden. Das Resultat ist bis jetzt noch nicht bekannt.

Streik in der Dresdener Porzellan- und Steingutindustrie.

In der Porzellan- und Steingut-Industrie Dresdens ist es zu einer großen Lohnbewegung nach Scheitern der Tarifverhandlungen gekommen. In 140 Betrieben stehen die Mitglieder des Porzellanarbeiterverbandes im Streik. Wenig bis zum 29. Oktober keine Einigung zustande gekommen ist, so wird die Aussperrung sämtlicher Porzellanarbeiter und -arbeiterinnen angekündigt. 60 000 Personen werden dann im Lohnkampf stehen.

Kündigung des Lohnabkommens in der Magdeburger Metallindustrie.

Das Lohnabkommen in der Metallindustrie, das hier vor einigen Wochen abgeschlossen wurde, ist von den Metallarbeitern bereits wieder gekündigt worden. Sie verlangen eine abermalige Erhöhung des Stundenlohnes um 1,50 Mark.

Ultimatum der mitteldeutschen Lokomotivführer.

Ul. meldet aus Leipzig, daß unter den Lokomotivführern eine Urabstimmung stattgefunden habe mit dem Ergebnis, daß an die Regierung ein kurzfristiges Ultimatum gestellt werden soll, das die Erfüllung der Regierungsversprechungen verlangt, widrigenfalls unbüßiglich in den Streik getreten werden soll.

Unter den Lokomotivführern Mitteldeutschlands herrscht große Erregung, weil ein vom Reichsverkehrsministerium gegebenes Versprechen hinsichtlich der Einstufung in die Besoldungsklasse 7 als Spitzstellung bisher nicht ausgeführt und eine den tatsächlichen Leuerungsverhältnissen entsprechend gestaltete Bemessung der Auswärtensentschädigung nicht bewilligt worden ist.

Wo ist die Pfaffenübermacht über die Schule gebrochen? — In Sowjetrußland.

Wo sind Mutter und Kind von kapitalistischer Ausbeutung frei? — In Sowjetrußland!

Wo sind die Paläste der Großen in Kinderheime verwandelt? — In Sowjetrußland!

Wo entsteht die wirkliche Arbeits- (Produktions-) Schule? — In Sowjetrußland!

Wo gibt es echte proletarische Bildungsstätten für die wissenshungrigen Erwachsenen? — In Sowjetrußland!

All das ist bedroht, wenn Du nicht hilfst, Arbeiter! Genosse!

Jerrys Augen wurden riesengroß: „Ihm helfen!“ leuchte er. „Herr Allan!“

„Ja, ich werde nicht dulden, daß er in Stücke zerrissen wird. Was ist dir? Hast du Angst?“

„Angst, Herr Allan, nein!“ Jerry war atemlos vor Staunen. „Aber... ist es Ihr Ernst, Herr Allan?“

„Ja!“

„Was wird Herr Henry dazu sagen?“

„Das ist mir einerlei. Wir müssen etwas tun, ehe die anderen kommen. Hör zu, wird etwas entdeckt, so nehme ich alles auf mich, niemand wird wissen, daß du beteiligt warst. Wir müssen den Mann herausbekommen, ihn auf ein Pferd setzen. Das ist seine einzige Chance. Jemand muß ihm das erklären. Mir würde er es nicht glauben, würde auf mich schießen, aber einem Schwarzen wird er vertrauen.“

„Herr Allan,“ leuchte Jerry. (Der Mund stand ihm vor Angst weit offen.)

„Einer von unseren Leuten ist drin bei ihm. Ich glaube, es ist Taylor Libbs.“

„Ja, Libbs ging mit ihm, aber er ist schon wieder durch das Fenster geflüchtet und fortgelaufen.“

„Wohin?“

„Ich weiß nicht, sah ihn bloß laufen. Wir beide hörten die Hunde kommen, beschloßen, dem Mann zu helfen. — Sie werden es niemandem sagen, Herr Allan?“

Jerry war halb betäubt vor Furcht. Die Offenbarung, daß sein junger Herr ein Rebel sei, hatte ihn überwältigt. „Ich will dem Mann helfen,“ wiederholte Allan. „Es ist mein Ernst!“

Schließlich erklärte sich Jerry einverstanden, beschwand hinter dem Stall Allan wartete, blickte fieberhaft vor Angst um sich. Die Sekunden wurden zu Minuten, die Minuten dehnten ihn ewigkeiten. Schon wollte er nachsehen, was aus Jerry geworden war, da vernahm er plötzlich aus dem Stall das Stampfen der Pferde und Jerrys Stimme: „So, So, wo bist du?“

Das wilde Bellen der Hunde verschlang die Antwort. Übermüdet wartete Allan halb verrückt vor Nervosität. Von allen Richtungen kamen Leute gelaufen, er konnte in der Dunkel-

Der Kartoffelwucher vor dem Preussischen Landtag.

Der Preussische Landtag legte in seiner Mittwochssitzung die Beratung der Anfragen und Anträge zur Behebung der Kartoffelnot fort. Von der kommunistischen Fraktion ist hierzu beantragt: Kartoffelablieferungszwang für landwirtschaftliche Groß- und Mittelbetriebe, zur Durchführung dieser Maßnahmen die Organisationen der Landarbeiter, Kleinbauern und Kleinpächter heranzuziehen, die besondere Ausschüsse bilden, zu denen Vertreter der Arbeiter, Angestellten und Beamtenorganisationen hinzugezogen werden, Begrenzung und Preisfestsetzung durch die Kommunen unter ausschlaggebender Mitwirkung der vorgenannten Berufsorganisationen sowie der Konsumvereinigungen, ferner Verbot des Verkaufs von Saatkartoffeln vor dem 15. Februar.

Die Debatte wird eröffnet von dem Abg. Gronowski (Zentrum): Die Regierung muß sich über ihre Maßnahmen gegen die schamlose Preistreibe und zur Versorgung der notleidenden Bevölkerung äußern. Die Lebenshaltung ist in Weichseln seit 1914 um das 25fache gestiegen. Man soll deshalb endlich aufhören mit dem idiotischen Geschwätz von der Begehrlichkeit der Arbeiter und Angestellten. Daß der Wucher so ins Kraut schießen würde, haben wir uns bei Abschaffung der Zwangswirtschaft nicht gedacht. (Stürmisches Gähnen, Hörs! Hörs!) Das Buchergesetz muß endlich ernsthaft zur Anwendung gebracht werden.

Der Abg. Limbert (Soz.) weist darauf hin, daß der deutchnationale Kneber den Wucher geradezu gerechtfertigt habe. Man müßte für den Wucher die Todesstrafe einführen. Die Landbünde predigen offen den Hungerkrieg gegen das Volk.

Der Abg. Kaufner (USP.) begründet seine Anfrage über den Kartoffelwucher. Nach den Ermittlungen der Indekommission betragen die Produktionskosten für Saatkartoffeln 1920/21 für den Zentner 20 Mark. Trotzdem werden drei- und viermal so hohe Preise dafür verlangt. Das Zentrum ist gewöhnlich reaktionär, aber wenn unter seinen Arbeitern Unzufriedenheit herrscht, scheidet es seine Arbeitervertreter vor, um radikale Neben zu halten. Wir verlangen die Einführung des Zwangsumlageverfahrens und die sofortige Beschlagnahme der Kartoffeln.

Abg. Riedel (Demokrat): Nicht nur die Landwirtschaft hat Schuld an der Kartoffelverteuerung, sondern auch gewisse Industriebetriebe des Westens, die frühere Schieber und unerfahrene Betriebsräte als Kartoffelaufkäufer nach dem Osten schickten. Der Kartoffelwucher ist kein Beweis für sondern gegen die Zwangswirtschaft, denn erst auf dem Boden der Zwangswirtschaft ist Wucher und Schieberum groß geworden.

Genosse Schulz-Neußlin:

Die Deutschnationalen haben planmäßig und bewußt auf die Preissteigerungen hingearbeitet. Das ist von dem Grajen zu Stollberg-Bernigerode in einem Artikel klar ausgesprochen worden. Diese Preissteigerungen sind so schamlos, daß man es nicht einmal gewagt hat, die Löhne der Landarbeiter als Gründe dafür anzuführen. Diese Löhne stehen auch in gar keinem Verhältnis zu den ungläublichen Preissteigerungen der Landwirte. Es ist Tatsache, daß die Deutschnationalen an ihre Parteigenossen Kartoffeln für 25 Mark geliefert haben, während sie sonst Bucherpreise dafür forbern. Daß diese Preise gar keine Berechtigung haben, wird selbst von Landwirten zugegeben. In Thüringen hat ein Landbündler erklärt, die Kartoffeln könnten für 25 Mark abgegeben werden. Ein anderer Landwirt hat den Zentner für 40 Mark verkauft und erklärt, ein Preis über 50 Mark sei unberechtigt. Wenn die Deutschnationalen erklären, daß die Händler so hohe Preise bieten, so ist damit ja bewiesen, daß in ihren Reihen die Wucherer sitzen, die diese Preise annehmen. Die Wucherer gehen nicht gegen die wuchernden Landwirte vor, da es ja gerade die deutchnationalen Freunde der Wucherer sind, die in den Gerichten sitzen. Die Kartoffelversorgung für die arbeitende Bevölkerung kann nur dann sichergestellt werden, wenn sie unter die Kontrolle der Arbeiterorganisationen gestellt werden.

Die Aussprache wird hierauf abgebrochen. Der Genosse Schulz-Neußlin beantragt, auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung den kommunistischen Antrag auf Unterstützung der Hungernden in Sowjetrußland zu stellen. Die Sozialdemokraten beweisen ihre freundschaftliche Gesinnung zur antibolschewistischen Liga nicht nur dadurch, daß sie gegen den kommunistischen Antrag stimmen, sondern auch noch höhrende Bemerkungen über den Hunger der russischen Arbeiter und Bauern machen.

Nächste Sitzung Donnerstag, 12 Uhr: Weiterberatung.

Sklavenhaß.

Von Upton Sinclair.

(Aus dem Roman „Manassa“.)
Deutsch von Harmonia zur Mühlen.

Die Bluthunde hatten ihr Opfer erblickt, schlugen an. Der Flüchtling rann in die Richtung des großen Stalltores, die Hunde hinter ihm her. Allan schrie laut auf, schon schienen die Hunde den Mann gefaßt zu haben. Im nächsten Augenblick fiel das Tor zu, der Vorderleib des einen Bluthundes blieb drin. Das Tier brüllte vor Wut und Schmerz, die anderen Hunde stürzten vor, der Spitzhüter riß sich los — das Tor fiel ins Schloß.

Vor dem Schloß tobte die Meute, warf sich bellend, knurrend, heulend gegen das Tor. Schlug in ohnmächtiger Wut die Zähne in das Holz. Die Reiter kamen aus ihren Hütten gestürzt, umringten den Stall, eine Schar erschrockener Menschen mit angstvollen Augen. Allan verharnte eine kurze Weile unbeweglich. Doch blieb ihm wenig Zeit, sich von den Aufregungen zu erholen; der Kullatte war ein Gefangener, jeden Augenblick konnten seine Verfolger eintreffen. Allan entfann sich einer Frage, die er umlagert an den eigenen Aufseher gestellt; die Antwort hatte gelautet: „Wenn sich der Mann ergibt, so reißen wir die Hunde ab, setzt er sich aber zur Wehr, so lassen wir ihn zerrücken.“

Allan blickte um sich. Es war dunkel, hier und dort liefen Leute mit Laternen umher. Gelang es ihm, den Mann aus dem Stall zu bringen, so konnte er ihn noch immer retten. Reiter kamen herbeigelaufen. Allan ritt auf sie zu; wem konnte er vertrauen? Er erblickte einen der Stallburken, den großen gutmütigen Jerry, der ihm allmorgendlich das Pferd fütterte. „Jerry!“ rief er. „Komm her!“

Der Reiter gehorchte, und Allan sprang vom Pferd. „Hör mich an, Jerry. Der Flüchtling ist im Stall. Sie hegen ihn seit vier Stunden; er muß halb tot sein. Komm mit mir, ich will dem Mann helfen.“

Jerrys Augen wurden riesengroß: „Ihm helfen!“ leuchte er. „Herr Allan!“

„Ja, ich werde nicht dulden, daß er in Stücke zerrissen wird. Was ist dir? Hast du Angst?“

„Angst, Herr Allan, nein!“ Jerry war atemlos vor Staunen. „Aber... ist es Ihr Ernst, Herr Allan?“

„Ja!“

„Was wird Herr Henry dazu sagen?“

„Das ist mir einerlei. Wir müssen etwas tun, ehe die anderen kommen. Hör zu, wird etwas entdeckt, so nehme ich alles auf mich, niemand wird wissen, daß du beteiligt warst. Wir müssen den Mann herausbekommen, ihn auf ein Pferd setzen. Das ist seine einzige Chance. Jemand muß ihm das erklären. Mir würde er es nicht glauben, würde auf mich schießen, aber einem Schwarzen wird er vertrauen.“

„Herr Allan,“ leuchte Jerry. (Der Mund stand ihm vor Angst weit offen.)

„Einer von unseren Leuten ist drin bei ihm. Ich glaube, es ist Taylor Libbs.“

„Ja, Libbs ging mit ihm, aber er ist schon wieder durch das Fenster geflüchtet und fortgelaufen.“

„Wohin?“

„Ich weiß nicht, sah ihn bloß laufen. Wir beide hörten die Hunde kommen, beschloßen, dem Mann zu helfen. — Sie werden es niemandem sagen, Herr Allan?“

Jerry war halb betäubt vor Furcht. Die Offenbarung, daß sein junger Herr ein Rebel sei, hatte ihn überwältigt. „Ich will dem Mann helfen,“ wiederholte Allan. „Es ist mein Ernst!“

Schließlich erklärte sich Jerry einverstanden, beschwand hinter dem Stall Allan wartete, blickte fieberhaft vor Angst um sich. Die Sekunden wurden zu Minuten, die Minuten dehnten ihn ewigkeiten. Schon wollte er nachsehen, was aus Jerry geworden war, da vernahm er plötzlich aus dem Stall das Stampfen der Pferde und Jerrys Stimme: „So, So, wo bist du?“

Das wilde Bellen der Hunde verschlang die Antwort. Übermüdet wartete Allan halb verrückt vor Nervosität. Von allen Richtungen kamen Leute gelaufen, er konnte in der Dunkel-

heit nicht unterscheiden, ob es Schwarze oder Weiße waren, fürchtete, der Lärm würde seine Lunte oder Cousine aus dem Haus loden. Eudlich kam Jerry gelaufen.

„Aun,“ leuchte Allan.

„Ich kann ihn nicht finden, Herr Allan.“

„Ist er nicht im Stalle?“

„Er ist bestimmt drin, hat sich irgendwo versteckt, ich rief ihn, aber er antwortete nicht, glaubt bestimmt, es sei eine Falle.“

„Kennst er Libbs?“ fragte Allan. „Würde er Libbs antworten?“

„Vielleicht. Ich glaube Libbs...“ Der Mann verstummte, wandte sich erschrocken um. Aus der Nacht gellte ein wilder Schrei auf, dem unzählige Rufe folgten. Die Löne drangen aus der Richtung, aus der die Verfolger kommen mußten. Allan war zumute, als würde ihm ein Messer ins Herz gestoßen.

Er und Jerry verharnten reglos, hilflos, bebend in ohnmächtiger Angst. Eine Schar Leute umdrängte plötzlich Allan, eine Gestalt sprang vor; hell von einer Laterne beschienen fand Henderson da.

Allan hatte noch nie etwas so furchtbares gesehen, wie diesen Menschen. Seine Kleider hingen zerfetzt herab, waren schwarz und schlammig vom Durchwaten des Sumpfes. Gesicht und Kopf waren verbunden, an einigen Stellen hatte sich der Verband verschoben, und rotschneidende Wunden leuchteten auf. Eine der Wunden hatte sich geöffnet, Blut entströmte ihr, beschwante das Mannes Gesicht. Er lehnte sich leuchtend gegen die Stallmauer, mit seinen geballten Fäusten und Loberästen Tieraugen gemahnte er an einen Teufel aus der untersten Hölle. Hier andere Männer folgten ihm, er zeigte auf die Tür, leuchte: „Wir haben ihn! Bei Gott, wir haben ihn!“

Einer nach dem anderen kamen nun die Verfolger, atemlos, erschöpft. Als etwa neun angelangt waren, kürzte Henderson vor, mit wutverzerrtem Gesicht: „Vorwärts, Jungen, halt ihn heraus!“

(Fortsetzung folgt.)

